



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2013

P131112

Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Umwelt.

Begründung

Der Bund will mit der Revision des Umweltschutzgesetzes die heute noch offenen Kreisläufe bei Abfällen und Rohstoffen schliessen. Damit sollen die vorhandenen Ressourcen geschont, die Ressourceneffizienz verbessert und die Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Der Regierungsrat begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort die Absichten, findet aber, dass sie im vorliegenden Gesetzesentwurf eher schwach umgesetzt werden. Der Bundesrat soll namentlich die Möglichkeit bekommen, verbindliche Ressourcenziele vorzugeben. Zudem soll die Pflicht zur Information über Produkte auch auf Rohstoffe ausgedehnt werden.

